



## **Inhalt**

1.	Das Zypernproblem .....	2
2.	Gasvorkommen.....	2
3.	Griechische Zyprioten .....	4
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	4
	Innenpolitische Entwicklungen .....	6
	Außenpolitik .....	7
4.	Türkische Zyprioten .....	8
	Januar .....	8
	Februar .....	9
	März.....	11
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	14

## **FES NEWS**

FES Website mit dem Newsletter Archiv jetzt online

[www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)

## 1. Das Zypernproblem

Im März fanden regelmäßige Treffen zwischen den griechisch- und türkisch-zypriotischen Verhandlungsführern, Andreas Mavroyiannis und Kudret Ozersay, statt, um den Stand der momentan stattfindenden Friedensgespräche zu überprüfen. Die Friedensgespräche waren nach der Verabschiedung einer gemeinsamen Erklärung am 11. Februar diesen Jahres wieder aufgenommen worden. Zusätzlich fanden separate Gespräche der beiden Verhandlungsführer mit UNO-Vertretern in New York statt, um die nächsten Schritte bei den Friedensgesprächen zu erörtern.

Im Gegensatz zu den türkischen Zyprioten bestehen die griechischen Zyprioten darauf, dass die Zeit für die Endphase der Verhandlungen noch nicht erreicht sei und noch einige Verhandlungsarbeit vor einem abschließenden Prozess des Gebens und Nehmens in den letzten offenen Fragen geleistet werden müsse. Zu diesem Zweck haben die griechischen Zyprioten ein Dokument vorbereitet, in welchem die Positionen der türkischen Zyprioten mit den in der gemeinsamen Erklärung festgelegten Rahmenbedingungen verglichen werden, um herauszufinden, inwieweit jene im Einklang mit der gemeinsamen Erklärung sind. Präsident Anastasiades übergab dieses Schriftstück dem türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreter Dervisch Eroglu anlässlich ihres Treffens am 31. März. Außerdem wird es auch an den UN-Generalsekretär Ban Ki Moon und die ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates am 2. April weitergeleitet.

Am 21. März betonte der Europäische Rat seine Unterstützung für eine umfassende Lösung der Zypernfrage, basierend auf den EU-Gründungsprinzipien und im Rahmen der UN-Richtlinien sowie der im UN-Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen. Zu diesem Zweck fand unter dem Vorsitz des EU-Kommissionspräsidenten Jose Manuel Barroso in Brüssel ein Treffen des Zypern-Lenkungsausschusses statt mit der Aufgabe, die Situation nach der Wiederaufnahme der Gespräche zu analysieren. Der Ausschuss diskutierte, auf welche Weise die EU-Kommission ihre Unterstützung im Verhandlungsprozess verstärken könnte und wie die türkischen Zyprioten in das Regelwerk des EU-Acquis eingeführt werden könnten, das im Falle einer Lösung auch im Norden Gültigkeit erlangt.

## 2. Gasvorkommen

Im März wiederholte Noble Energy, dass das Unternehmen weiterhin fest entschlossen sei, zypriotisches Gas zu fördern und widersprach Berichten der türkisch-zypriotischen Tageszeitung ‚Havadis‘, wonach die Möglichkeit diskutiert werde, das Gas aus Block via Pipeline in die Türkei zu leiten. Die Zeitung berief sich auf einen Mitarbeiter der TURCAS Oil, Matthew Bryza, einem ehemaligen US-Diplomaten. Bryza zufolge stehe Noble mit der TURCAS Oil und der türkischen Zorlu Gruppe in Verhandlungen über ein Pipeline-Projekt, das israelisches und zypriotisches Gas nach Europa liefern könnte.

In diesem Zusammenhang betonte Energieminister Giorgos Lakkotrypis die Absicht der Regierung, einen Flüssiggas-Terminal zu bauen und schloss eine Gas-Pipeline in die Türkei aus, solange die Zypernfrage noch nicht gelöst sei. Außerdem wolle die Regierung die Ergebnisse der Bohrungen in diesem und im nächsten Jahr abwarten, bevor eine mögliche neue Runde zur Lizenzvergabe begonnen werde. Lakkotrypis zufolge wird ENI-KOGAS mit den ersten Probebohrungen diesen Sommer beginnen. Noble soll ebenfalls Ende 2014 Erkundungsbohrungen in Block 12 vornehmen, während Total Bohrungen für Mitte 2015 plant.

Als DIKO aus der Koalitionsregierung austrat, folgten Lakkotrypis und drei andere DIKO-Minister nicht der Aufforderung des Parteivorsitzenden Nicos Papadopoulos, von ihren Ämtern zurückzutreten. Stattdessen blieb der Energieminister in der Regierung und suspendierte seine Mitgliedschaft bei der DIKO, während die anderen drei Minister ersetzt wurden und nun neue Posten begleiten.

Im März fanden Neubesetzungen wichtiger Posten bei der Cyprus Hydrocarbons Company (CHC – ehemals KRETYK) und der Natural Gas Public Company (DEFA) statt. Die CHC hat nun einen Vorstand, der aus nicht-exekutiven Mitgliedern besteht. Die neue Vorstandsvorsitzende ist Toula Onoufriou, eine Akademikerin und Spezialistin im Energiebereich. Die anderen, neu benannten Mitglieder sind Mike Efthymiou, ein ehemaliger Chefingenieur bei Shell, Constatinos Lykourgos, ein hochrangiger Mitarbeiter des Generalstaatsanwaltes, George Georgiades, ein Wirtschafts-

prüfer und Berater bei GE Petrol, Constantinos Nicolaou, ein ehemaliger Berater bei Energie & Gas, Lena Mylone, die seit 2006 bei JP KENNY/BP in Angola angestellt ist und Theodoros Tsakiris, ein Dozent für ‚Geopolitics of Hydrocarbons‘ an der Universität Nikosia.

Bei der DEFA behielten Eleni Vasiliadou ihren Posten als Leiterin dieser Stelle sowie der Verwaltungsrat Michalis Andreou. Die neuen Mitglieder im DEFA Verwaltungsrat sind Andreas Poulikas, ein ehemaliger Mitarbeiter des zyprischen Elektrizitätsunternehmens EAC, Taso Kounoudis, Symeon Kasianidis, Giorgos Pamboridis und Adam Lomas. Die DEFA ist der einzige Importeur und Vertreiber für Gas in Zypern.

Der Abgabetermin für die Einreichung von Angeboten für die Lieferung von Gas als Überbrückung bis zur Ausbeutung der eigenen Vorräte wurde bis April 2014 verlängert.

Am 10. März gab Griechenland die internationale Ausschreibung für eine Machbarkeitsstudie der geplanten ‚Eastern Mediterranean Pipeline‘ frei. Es wird damit gerechnet, dass die Pipeline 8 Milliarden Kubikmeter Gas aus israelischen und zyprischen Quellen nach Europa über Kreta leiten kann, um die Abhängigkeit von russischem Gas zu reduzieren. Für Zypern ist dieses Projekt eines von drei sogenannten ‚Projekten mit gemeinsamen Interessen‘ (Projects of Common Interest – PCI), welches auch die Insel mit einschließt. Die beiden anderen Projekte, die von der Europäischen Kommission befürwortet werden, sind der Bau eines LNG-Terminals und eines

Unterwasser-Elektrizitätskabel, das Israel, Zypern und Griechenland verbinden soll. Das Pipeline-Projekt wurde letztes Jahr von ENI als unwirtschaftlich bewertet aufgrund der Kosten, die bei 20 Milliarden Euro liegen dürften, aber auch wegen der geologischen Gegebenheiten und der Meerestiefe in diesem Gebiet.

Israel zieht in Betracht, 25% seiner Anteile am Gasfeld Leviathan an das australische Unternehmen Woodside Petroleum zu verkaufen. Eine Partnerschaft mit Woodside könnte ein Anzeichen für den möglichen Bau einer schwimmenden LNG-Anlage (Floating LNG – FLNG) für den Vertrieb israelischen Gases sein. Dies wiederum würde die Chancen verringern, israelisches und zypriotisches Gas mit Hilfe einer auf Zypern gebauten LNG-Anlage zu exportieren.

Nach dem Scheitern der libanesischen Regierung im März vergangenen Jahres, wird von der neu eingesetzten Regierung erwartet, dass sie ein Gesetz bezüglich der Öl- und Gaskundungen im Levantinischen Becken verabschiedet, das auch eine Festlegung seiner Grenzen beinhaltet. Falls der Libanon eine Ausbeutung seiner Reserven beabsichtigt, muss er sein Vorgehen mit Ägypten, Zypern und Israel koordinieren. Im Falle Israels könnte dies jedoch schwierig werden, da sich beide Staaten offiziell noch im Krieg miteinander befinden und es ungelöste Grenzfragen hinsichtlich der jeweiligen ausschließlichen Wirtschaftszone gibt.

Die zypriotische Energieregulierungsbehörde (CERA) kündigte an, dass eine bisher zeitlich

begrenzte Reduzierung der Strompreise um 8% unbefristet fortgesetzt wird.

### 3. Griechische Zyprioten

#### Wirtschaftliche Entwicklungen

Anfang März schte große Unsicherheit, nachdem das Parlament Ende Februar einen kontroversen Gesetzesvorschlag zur Privatisierung der halbstaatlichen Unternehmen abgelehnt hatte. Die Ablehnung gefährdete das internationale Hilfsprogramm für Zypern. Die Verabschiedung des Gesetzes war eine Voraussetzung für die Auszahlung der nächsten Hilfs tranche in Höhe von 236 Millionen Euro.

Letztendlich überwog die Einsicht in die Notwendigkeiten und das Parlament stimmte am 4. März für einen erneut vorgelegten Gesetzesvorschlag mit 30 zu 26 Stimmen. Die Regierungspartei DISY sowie DIKO, der Abgeordnete Demetris Syllouris von der EVROKO und der unabhängige Abgeordnete Zacharias Koulias stimmten dem Gesetz zu, während AKEL, EDEK, die Grünen und der Abgeordnete Nicos Koutsou von der Bürgerallianz dagegen votierten. Die für die Privatisierung vorgesehenen Unternehmen sind die zypriotische Telekom (Cyprus Telecommunications Authority - CyTA), die zypriotische Hafenbehörde (Cyprus Ports Authority – CPA) und das zypriotische Stromunternehmen EAC (Cyprus Electricity Authority). Zypern muss zwischen 2016 und 2018 1,4 Milliarden Euro durch Privatisierungen aufbringen.

In der Zwischenzeit wurde dem Parlament ein weiterer kontroverser Gesetzesvorschlag vorgelegt, demzufolge die Finanzbehörde ohne vorherigen Gerichtsbeschluss Privatbesitz (auch Bankkonten) konfiszieren kann, um fällige Steuereinnahmen einzuziehen. Die Gesetzesvorlage, die in Übereinstimmung mit dem Memorandum of Understanding nach einer Überprüfung der Troika<sup>1</sup> im Februar vorgelegt wurde, verursachte einen Proteststurm.

Die Vorstände der Pensionsfond von CyTA und EAC verlängerten ein jeweils 100 Millionen Euro umfassendes Darlehen um weitere drei Monate, das beide Fonds gewährten, als die Regierung 2012 vor der Zahlungsunfähigkeit stand.

Am 10. März trat Panicos Demetriades unerwartet von seinem Amt als Chef der Zentralbank (CBC) zurück und führte persönliche und familiäre Gründe für seine Entscheidung an. Präsident Nicos Anastasiades nahm seinen Rücktritt an, nachdem er Demetriades zuvor öffentlich beschuldigt hatte, Zyperns Rettungspaket schlecht zu verwalten und dessen Abgang seit Monate gefordert hatte. Demetriades wurde im Mai 2012 für eine Amtszeit von fünf Jahren von der Vorgängerregierung unter Demetris Christofias ernannt. Nach Ablauf seiner Kündigungsfrist wird er von der Leiterin des Rechnungshofes, Chrystalla Georghadji, abgelöst.

Angaben der zyprischen Zentralbank zufolge stieg der Umfang der faulen Kredite bei den

zyprischen Banken von 26,9 Milliarden Euro im Dezember auf 27,6 Milliarden Euro im Januar an. Davon sind vor allem die Geschäftsbanken mit 21,2 Milliarden Euro und die Genossenschaftsbanken mit 6,4 Milliarden Euro betroffen.

Die Rating-Agentur Moody's hob die Kreditwürdigkeit Zyperns von negativ auf positiv an und bezog sich dabei auf eine bessere Finanz- und Wirtschaftslage für 2013 als vorgesehen. Zudem habe sich die Regierung an die Auflagen des Hilfsprogramms gehalten. Moody's änderte die Prognose für die Bank of Cyprus (BoC) und die Hellenic Bank (HB) von negativ auf positiv, sowie von negativ auf stabil für die Russian Commercial Bank Ltd (RCB). Gleichzeitig hob die Rating-Agentur Fitch die Bewertung für die BoC und HB von CC auf CCC, bzw. von F auf CCC.

Nach Angaben der Europäischen Zentralbank fielen im Februar die privaten Einlagen bei den zyprischen Banken um 1,4% auf 34,4 Milliarden Euro. Dennoch sei eine Stabilisierung der Lage zu beobachten, nachdem die Einlagen in den letzten 18 Monaten zurückgingen. Im Mai letzten Jahres standen die Einlagen bei 50,5 Milliarden Euro.

Eine vom Finanzministerium verabschiedete Verordnung vom 28. März beendete ein Jahr nach Einführung der Kapitalverkehrskontrollen die Begrenzung von Bargeldhabhebungen von 300 Euro täglich. Außerdem wurden die Restriktionen bei der Auflösung von Festgeldkonten aufgehoben. Die Kapitalverkehrskontrollen waren eingeführt worden, um einen Bankrun zu verhindern, nachdem sich die Euro-

---

<sup>1</sup> Die Troika besteht aus dem Internationalen Währungsfond (IWF), der Europäischen Kommission und der Europäischen Zentralbank.

gruppe am 16. und 25. März letzten Jahres für einen Bail-in entschieden hatte. Einzelpersonen können nun wieder bis zu 50.000 Euro und Firmen bis zu 200.000 Euro pro Monat ohne Genehmigung überweisen. Gleichzeitig bestätigte der IWF die Auszahlung der nächsten Finanzhilfe an Zypern in Höhe von rund 83,3 Millionen Euro. Bis zum jetzigen Zeitpunkt wurden somit insgesamt 332,2 Millionen Euro der vom IWF genehmigten Finanzhilfe von einer Milliarde Euro ausgezahlt.

Die von Eurostat veröffentlichten Arbeitslosenzahlen für den Februar zeigen einen Anstieg binnen eines Jahres von 14,7% auf 16,7% an, was 74.000 Arbeitslosen entspricht. Dies ist eine der höchsten jährlichen Zunahmen innerhalb der Europäischen Union.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Am 22. März verstarb der zyprische Verteidigungsminister Tasos Mitsopoulos. Der erst Tage zuvor zum Verteidigungsminister ernannte Mitsopoulos war Mitglied der DISY und zuvor Minister für Kommunikation und Arbeit gewesen. Nachdem DIKO die Regierungskoalition verlassen hatte, wurde er im Rahmen der Kabinettsumbesetzung am 12. März Verteidigungsminister. Unter anderem wollte er die von seinem Vorgänger geplante Umstrukturierung der Nationalgarde vorantreiben. Der Nachfolger war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

Am 26. März störte die rechtsextreme Partei ELAM eine Veranstaltung in Limassol, die unter Mitwirkung des ehemaligen türkisch-zyprischen

tischen Volksgruppenvertreters Mehmet Ali Talat und des amerikanischen Botschafters John Koenig stattfand. Eine Gruppe von rund 70 ELAM-Mitgliedern betrat den Veranstaltungsort und warf eine Leuchtrakete hinein. Während des Vorfalls wurde ein türkisch-zyprischer Fotograf verletzt. Obwohl die anwesende Polizei drei Angreifer festnehmen konnte und die Veranstaltung fortgesetzt wurde, wurde der Polizeipräsident entlassen, da er scheinbar einem Hinweis nicht nachgegangen war. Folglich waren nicht genügend Polizeikräfte zu der Veranstaltung abberufen worden. Die drei Festgenommenen wurde wieder entlassen, da das Gericht in Limassol die von der Polizei angeführten Beweise als ‚unklar und vage‘ bewertete. Im Norden beschrieb der türkisch-zyprische Volksgruppenvertreter Dervisch Eroglu die mangelnde Polizeipräsenz als ‚bedenklich‘. Der Journalist Hasan Hasturer von der türkisch-zyprischen Tageszeitung ‚Kibris‘ berichtete jedoch, dass die türkisch- und griechisch-zyprischen Teilnehmer das Verbrechen gleichermaßen verurteilten. Die Entscheidung von Präsident Anastasiades, den Polizeipräsidenten zu entlassen, wurde von AKEL und EDEK mit dem Hinweis kritisiert, dass der Justizminister die Verantwortung trage, da er frühere Hinweise auf ELAM-Trainingslager im Troodos-Gebirge nicht ernst genommen und sogar die Existenz ‚organisierter rechtsextremer Gruppen‘ verneint habe.

Im März verursachten homophobe Bemerkungen von Erzbischof Chrystomos einen Sturm der Entrüstung. Er verlangte, dass die Kirche ‚bei der Verdammung von Homosexualität geeint‘ sein müsse. Eine vor kurzem durch-

geführte Meinungsumfrage zeigte jedoch, dass 53,3% der griechischen Zyprioten ein Gesetz zur eingetragenen Partnerschaft befürworten. Momentan wird ein entsprechender Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der dem Parlament im April zur Abstimmung vorgelegt werden soll.

### Außenpolitik

Am 27. März war Zypern einer der hundert Staaten, die einer Resolution der UN-Generalversammlung zustimmten, welche die Souveränität der Ukraine, ihre politische sowie territoriale Unabhängigkeit und Einheit innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen bestätigte.

Zyperns Votum orientiert sich damit an der Erklärung der EU und den Beschlüssen des Europäischen Rates vom 20. März bezüglich der ukrainischen Krise. Trotzdem stand die Entscheidung der Regierung in scharfem Gegensatz zu der vom zypriotischen Parlament verfassten Erklärung, wonach die Regierung es vermeiden sollte, Zyperns Beziehungen zu der Russischen Föderation zu gefährden. In diesem Zusammenhang ist die Anfrage Russlands über die Benutzung eines Flugfeldes bei Pafos vom letzten November interessant. Dies und die Verlängerung eines russischen Darlehens über 2,5 Milliarden Euro im Rahmen der Finanzkrise verdeutlichen die heikle Situation, in welcher sich Zypern im Hinblick auf Russland befindet und mit welcher Vorsicht die zypriotische Regierung handeln muss. Die Aussage des russischen Botschafters in Zypern, wonach Moskau ‚nicht glücklich über Zyperns Übereinstimmung mit anderen EU-Staaten bei

der Sanktionspolitik‘ sei, verdeutlichte dies. Sollte die EU ihre momentane Sanktionspolitik weiter verfolgen, so der Botschafter, könnten ‚unsere Geschäftsleute ihr Kapital und ihre wirtschaftlichen Aktivitäten aus Zypern zurückziehen‘. Russland gilt seit jeher als ein wichtiger Verbündeter, der die Interessen der griechischen Zyprioten im UN-Sicherheitsrat vertritt, während Zypern, einigen Beobachtern zufolge, die russischen Interessen innerhalb der EU unterstützt. Jedoch wurden jene Politiker, die sich über die Verschlechterung der russisch-zypriotischen Beziehungen sorgten, von Kritikern darauf hingewiesen, dass sie genau jene Prinzipien des internationalen Rechts missachteten, welche sie sonst im Zusammenhang mit Zypern einfordern würden. Außerdem wiesen sie darauf hin, dass es sich bei der Vorstellung einer russischen Unterstützung um einen Mythos handele, der noch aus den Zeiten des Kalten Krieges stamme und dass Russland keineswegs seine guten Beziehungen zu der Türkei gefährden wolle, mit der sie 2013 Handel im Wert von 35 Milliarden US Dollar trieb. Daneben sei der Bau eines Atomkraftwerks russischen Typs in der Türkei geplant.

Momentan jedoch scheinen sich die Sanktionen noch nicht auf die zypriotische Wirtschaft auszuwirken. Derzeit leben ca. 40.000 russische Staatsbürger in Zypern, die noch nicht von den Sanktionen betroffen wurden. Der Tourismus könnte jedoch in Mitleidenschaft gezogen werden, falls die EU Visa für russische Staatsbürger als eine Verschärfung der Sanktionen einführt. 2013 standen russische Touristen an zweiter Stelle nach britischen Touristen. Vor der Verschärfung der ukrai-

nischen Krise ging der zypriotische Tourismusverband bei der Anzahl russischer Touristen für 2014 von einer Zunahme bis zu 25% aus.

## 4. Türkische Zyprioten

### Januar

Im Januar waren die beiden führenden türkisch-zypriotischen Politiker, Präsident Dervisch Eroglu und Premierminister Özkan Yorgancıoğlu getrennt zu offiziellen Besuchen in Ankara. Während des eintägigen Besuches am 16. Januar trafen sich Eroglu und der türkischen Präsident Abdullah Gül, Premierminister Recep Tayyip Erdogan und der türkischen Parlamentssprecher Cemil Cicek. Medienberichten zufolge tauschten sich Eroglu und seine Gesprächspartner über die jüngsten Entwicklungen bei der Zypernfrage und die wirtschaftlichen Problem der ,TRNZ<sup>2</sup> aus.

Gegen Ende Januar traf sich Premierminister Özkan Yorgancıoğlu auf seinem ersten offiziellen Besuch in Ankara mit Recep Tayyip

Erdogan und Cemil Cicek. Der türkisch-zypriotische Außenminister, Özdil Nami, der türkische Vize-Premierminister für Zypern, Besir Atalay und der türkische Botschafter in Zypern, Halil Ibrahim Akca nahmen ebenfalls an dem Treffen der beiden Premierminister teil. Hierbei waren ebenfalls die Zypernfrage und die wirtschaftlichen Probleme die Hauptgesprächsthemen.

Die Democratic Party-National Forces Party (DP-UG) kündigte für den 2. Februar ihren ordentlichen Parteitag an. Der Generalsekretär der DP-UG, Bengü Sonya, gab bekannt, dass er dabei gegen Serdar Denktasch um den Posten des Parteivorsitzenden antreten werde.

Eine Delegation des türkisch-zypriotischen Parlaments reiste zu Gesprächen mit dem Europäischen Parlament nach Straßburg. Auf der Themenliste standen u.a. die Wiederaufnahme der Zyperngespräche, der Beobachterstatus der türkischen Zyprioten beim Europaparlament und die an die EU gerichteten Erwartungen der türkischen Zyprioten. Die Teilnehmer der Delegation waren Armagan Candan (CTP-BG), Ersan Saner (UBP) und Hasan Tacoy (DP-UG).

Einer von KADEM durchgeführten Meinungsumfrage zufolge liegt Mehmet Ali Talat vor Dervisch Eroglu und Mustafa Akinci bei möglichen Präsidentenwahlen 2015. 42,9% der Befragten sagten, sie würden für Talat stimmen, während die Unterstützung für n Eroglu und n Akinci bei 40% bzw. 17% lag.

Die gleiche Umfrage verdeutlichte auch eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in

---

<sup>2</sup> Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Dervisch Eroglu der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, wird er von der internationalen Gemeinschaft als der Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten betrachtet. Da die Regierung der Republik Zypern international als die Regierung für die gesamte Insel anerkannt wird, ist somit die ganze Insel ein Mitglied der Europäischen Union. Das *Acquis communautaire* ist im Norden Zyperns ausgesetzt, bis eine politische Lösung in der Zypernfrage gefunden ist (siehe Protokoll Nr. 10 des Aufnahmevertrages).



der ‚TRNZ‘ in den letzten fünf Jahren. 61% der Befragten gaben an, dass ihr durchschnittliches monatliches Haushaltseinkommen weniger ist als vor fünf Jahren. 27,1% sagten, dass sich ihr Einkommen nicht verändert habe, während sich das Einkommen für 11,9% verbessert hat. Die für diese Entwicklung drei wichtigsten Gründe sind steigende Preise, Schwierigkeiten bei der Abzahlung von Krediten und die Erhöhung der Strompreise in den letzten sechs Monaten. An der Umfrage nahmen 654 Personen teil.

Der Abwärtstrend der türkischen Lira gegenüber Fremdwährungen, der durch die Korruptionsvorwürfe gegen den türkischen Premierminister ausgelöst worden war, setzte sich auch im Januar fort. Der Vorsitzende der türkisch-zypriotischen Handelskammer, Günay Cerkez, und der Vorsitzende der türkisch-zypriotischen Industriekammer, Ali Cirali, stellten fest dass die türkische Lira 30% ihres Wertes gegenüber Fremdwährungen verloren habe und drängte die Regierung, Maßnahmen dagegen einzuleiten.

Eine Delegation des einflussreichen Türkischen Industrie- und Handelsverbandes (TÜSIAD) besuchte unter Leitung des Vorsitzenden Muharrem Yilmaz die ‚TRNZ‘. Während des Besuches wurde eine gemeinsame Erklärung verfasst, in der alle Beteiligten dazu aufgefordert wurden, die Verhandlungen für eine friedliche Lösung der Zypernfrage einzuleiten. Die Erklärung wurde auch vom Hellenischen Unternehmerverband (SEV), dem Zypriotischen Arbeitgeber- und Unternehmensverband (OEB), sowie dem Türkisch-Zypriotischen Wirtschaftsverband (ISAD) unter-

zeichnet. Die vier Verbände bezeichneten das zunehmende internationale Interesse an der Region des östlichen Mittelmeeres als eine Chance, um zu einer Lösung zu gelangen, die eine wirtschaftliche Zusammenarbeit auf höchster Ebene in Zusammenarbeit mit den Verbänden voranbringen könnte.

Im türkisch-zypriotischen Parlament wurde ein Gesetz zur Entkriminalisierung von Homosexualität verabschiedet und somit ein aus der britischen Kolonialzeit stammendes Gesetz außer Kraft gesetzt. Das neue Gesetz schützt die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgendern (LGBT), indem es jede Form von Hetzreden und Diskriminierung auf der Basis der sexuellen Orientierung und Geschlechteridentität im öffentlichen Dienst verbietet. Als Teil der Revision des Strafgesetzbuches wurde auch die Todesstrafe abgeschafft.

## **Februar**

Der Februar begann mit einem Besuch aus der Türkei auf höchster Ebene. Drei Regierungsminister – der Vize-Premierminister und Minister für Zypern, Besir Atalay, der Minister für Forst- und Wasserwirtschaft, Veysel Eroglu und der Minister für Energie und Rohstoffe, Taner Yildiz – hielten eine Reihe von Treffen in der ‚TRNZ‘ ab. Außerdem nahmen sie an der Grundsteinlegung von Bauprojekten teil, die im Zusammenhang mit der Unterwasserpipeline stehen, welche die Insel mit der Türkei verbindet. Die Pipeline soll 75 Millionen Kubikmeter Wasser von dem Alakopru Staudamm aus der Türkei nach Zypern transportieren. Die Hälfte soll als Trinkwasser verwendet werden, der Rest

zur Bewässerung. Im Vorfeld war angekündigt worden, dass zum Bau eines Verteilernetzwerks und der Pipelines Land von 25 Dörfern zwangsenteignet werden müsse. Atalay kündigte an, dass der Bau des Projekts bis spätestens September diesen Jahres abgeschlossen sei.

Im Februar wählte die Democratic Party – National Forces (DP-UG) Serdar Denktas zum wiederholten Male zu ihrem Vorsitzenden. Die Partei hielt ihren neunten ordentlichen Parteitag am 2. Februar ab. Amtsinhaber Denktasch war von Parteisekretär Bengü Sonya und zwei weiteren, weniger bekannten Kandidaten herausgefordert worden. Von den 1.859 abgegebenen Stimmen gingen 1.147 an Denktasch. Sonya erhielt 204 Stimmen, während Fuat Ciner Türköz und Abdurrahman Ömeroglu 21 bzw. 20 Stimmen bekamen. Nach dem Parteitag wurde Hasan Tacoy, ein Abgeordneter für Nikosia und ein Mitglied des Parteiflügels der National Forces (UG) ohne Gegenkandidaten zum neuen Parteisekretär gewählt.

Nach der Verabschiedung der gemeinsamen Erklärung wurde Kudret Özersay von Dervisch Eroglu zum Verhandlungsführer benannt, beginnend mit dem 8. Februar. Özersay verließ seinen Posten im Juni 2012 mit der Begründung, dass er nicht Teil einer Entwicklung sein wolle, die nirgendwo hinführe. Dieses Mal, jedoch, gebe es eine Reihe von Signalen, dass der Prozess ernsthaft vorangetrieben werde.

Es wurde auch bekannt gegeben, dass Eroglus ehemaliger Verhandlungsführer, Osman Ertug, weiterhin seine Aufgaben als Sprecher des

türkisch-zypriotischen Volksgruppenvertreters und Sonderberater in diplomatischen Angelegenheiten wahrnehmen werde.

Vor der Annahme der gemeinsamen Erklärung informierte Eroglu alle im Parlament vertretenen politischen Parteien über den Inhalt des Textes, welcher ihm von den Vereinten Nationen zugeschickt worden war. Alle vier Parteien betonten ihre Unterstützung für die Wiederaufnahme des Verhandlungsprozesses.

Die Vertreter der größten Interessenverbände wie die Handelskammer, der Handwerkskammer und die Gewerkschaften der Grundschullehrer und des öffentlichen Dienstes befürworteten die Wiederaufnahme der Verhandlungen und sicherten ihre Unterstützung innerhalb des Prozesses zu.

Der ehemalige türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter, Mehmet Ali Talat, kommentierte die erneuten Verhandlungen und kritisierte, dass in der gemeinsamen Erklärung kein Schlichtungsverfahren enthalten sei.

Hannes Swoboda, der Vorsitzende der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im EU-Parlament, besuchte den Premierminister und Parteivorsitzenden der CTP-BG, Özkan Yorgancıoglu, und Außenminister Özdil Nami und besprach in separaten Treffen die jüngsten Entwicklungen in der Zypernfrage und die Beziehungen zwischen der EU und der türkisch-zypriotischen Volksgruppe.

Als Reaktion auf das im Parlament der Republik Zypern verabschiedete Gesetz, das die Teilnahme von türkischen Zyprioten bei den

Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai regelt, legten die türkisch-zypriotischen Parteien dem Parlament eine gemeinsame Erklärung vor. Der Erklärung zufolge sei die griechisch-zypriotische ‚Regelung inakzeptabel‘ und repräsentiere nicht den politischen Willen der türkischen Zyprioten. Obwohl die UBP die Erklärung wohl aufgrund einer Verspätung nicht unterschrieben habe, stimmte die Partei im Prinzip zu.

Die Parlamentssprecherin, Sibel Siber, nahm an der neunten Konferenz der Arabischen Parlamentarischen Union der Organisation für Islamische Kooperation teil.

Auch im Februar hielten sich Spekulationen, dass die Koalitionsregierung in Kürze auseinander brechen könnte. Der Hauptgrund für die Spekulationen waren die Treffen zwischen dem kleinen Koalitionspartner DP-UG und der wichtigsten Oppositionspartei UBP, um eine mögliche Zusammenarbeit in den nächsten Kommunalwahlen auszuloten. Die Vertreter der CTP-BG gaben öffentlich ihren Unmut bekannt.

Murat Kanatli, Vorstandsmitglied der New Cyprus Party (YKP) wurde zu 10 Tagen Gefängnisstrafe verurteilt, weil er sich geweigert hatte, aus Gewissensgründen an der jährlichen Pflichtübung der Armee teilzunehmen.

Nach Angaben der türkisch-zypriotischen Handelskammer, betrug das gesamte Handelsvolumen vom Norden in den Süden seit der Öffnung der Grünen Linie 2004 70.874.828 Euro. Aufgrund der siebenmonatigen Stromlieferungen zwischen Juli 2011 und März 2012, deren Kosten sich auf 28.851.000 Euro beliefen,

betrug das jährliche Handelsvolumen 2011 und 2012 29.407.435 Euro bzw. 8.944.202 Euro. Für 2013 lag der Betrag bei 3.937.317 Euro, der niedrigste seit 2007.

### März

Im März dominierten Medienberichte über die Zusammenarbeit der zwei konservativen Parteien UBP und DP-UG für die am 29. Juni stattfindenden Kommunalwahlen. Nach wochenlangen Gesprächen gaben die Parteien bekannt, dass sie für 16 Kommunen gemeinsame Kandidaten aufstellen wollen, so auch für Nikosia, Kyrenia und Famagusta. Für die restlichen 12 Kommunen werden die Parteien eigene Kandidaten haben. Trotzdem wurde die Aufstellung des Vorsitzenden des türkisch-zypriotischen Fußballverbandes (KTFF), Hasan Sertoglu, als Kandidaten für Nikosia heftig von nationalistischen Kreisen kritisiert, die forderten, dass Sertoglu seine Unterschrift von der Vereinbarung zwischen KTFF und dem zypriotischen Fußballverband zurückziehen solle, falls er als gemeinsamer Kandidat antreten wolle. In der Vereinbarung hatte er einer Vereinigung der beiden zypriotischen Fußballverbände zugestimmt.

Zudem sei es nach Meinung des DP-UG Vorsitzenden Serdar Denktasch durchaus möglich, die für die Kommunalwahlen geschlossene Allianz zu vertiefen und in der Zukunft beide Gruppierungen zu einer neuen Partei zu vereinen. Sollte sich Eroglu dazu entscheiden, bei den Präsidentschaftswahlen 2015 ins Rennen zu gehen, hätte er die Unterstützung der beiden Parteien. Der Vorsitzende der UBP,

Hüseyin Özgürün, äußerte sich ähnlich und sagte, dass die Allianz eine Basis für die Vereinigung mit der DP-UG unter einem neuen Namen sein könne und versprach, dass seine Partei n Eroglu in den Präsidentschaftswahlen nächstes Jahr unterstützen werde.

Obwohl die CTP-UG die Verhandlungen zwischen ihrem Koalitionspartner DP-UG und der wichtigsten Oppositionspartei UBP als ‚inakzeptabel‘ bezeichnete und wiederholt ihr Unbehagen zum Ausdruck brachte, beschloss das Führungsgremium der Partei nach Beratungen über die die Zukunft der Regierung, in der Koalition zu bleiben. In der Zwischenzeit brachte die Parteiversammlung der CTP-BP ihr Unbehagen über die Rolle von Dervisch Eroglu zum Ausdruck, die jener bei dem Aufbau der Allianz inne hatte. Sie kritisierte auch die Statements einiger DP-UG-Abgeordneter bezüglich der Zypernfrage sowie der langsamen Umsetzung der im Koalitionsvertrag enthaltenen Reformen aufgrund der Verzögerungstaktik der DP-UG. Andere Medienberichte bezogen sich auf die Beteiligung von Eroglu in der Geschichte, die schließlich mit der Vereinbarung der beiden Parteien endete.

Ein ähnlicher Versuch, eine Allianz zwischen der CTP-BG und TDP für die Wahlen zu schmieden, schlug fehl. Daraufhin konzentrierte sich die TDP auf eine mögliche Zusammenarbeit mit den kleineren Parteien und links-gerichteten zivilgesellschaftlichen Organisationen. Schließlich vereinbarten die TDP und die United Cyprus Party (BKP) eine Zusammenarbeit.

Bezüglich der Störung einer Veranstaltung durch die ELAM in Limassol sagte Talat, der als Sprecher geladen war, dass die Verursacher ‚nur eine sehr kleine Minderheit‘ seien und dass es falsch sei, daraus auf allgemeine Tendenzen zu schließen. Er begrüßte auch die Verurteilung des Vorfalls durch Präsident Anastasiades und den Erzbischof.

Die Entscheidungen des nationalen Bildungsgremium, das eine beratende Funktion hat, verursachten kontroverse Reaktionen. Unter anderem beschloss das alle fünf Jahre zusammen kommende Gremium, den Schülereid abzuschaffen. Des weiteren soll Religion als Pflichtfach aus dem Lehrplan entfernt und die Hala Sultan Religionsschule geschlossen werden. Außerdem soll Griechisch als Pflichtfach in den Lehrplan aufgenommen werden. Bildungsminister Mustafa Arabacioglu, der die letzte Sitzung des Rates unter Protest verließ, kündigte später an, dass die Entscheidungen bezüglich des Schuleides und der Religionschule nicht umsetzen werde. Gleichzeitig hatte er eine positive Meinung zu der Einführung freiwilligen Griechisch-Unterrichts. Er erinnerte auch daran, dass die Entscheidungen des Bildungsgremiums nicht bindend seien.

Der türkisch-zypriotische Außenminister Özdil Nami reiste nach Washington und New York, wo er sich mit Vertretern des US-Außenministeriums und Mitgliedern des amerikanischen Kongresses traf. Außerdem nahm er an Veranstaltungen mehrerer Think Tanks teil und nahm Interviewtermine wahr. Nami bewertete seine Kontakte zu den Behörden des Nationalen

Sicherheitsrates des Weißen Hauses als ‚eine sehr wichtige Entwicklung‘.

Was die derzeitigen Friedensverhandlungen angehe, so betonte Nami, dass die Anzahl der Treffen ungenügend sei und dass es nicht ausreiche, dass sich die Verhandlungsführer nur einmal im Monat trafen.

Der CTP-BG Abgeordnete Mehmet Caglar nahm an einem Treffen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Paris teil. Medienberichten zufolge hob Caglar hervor, wie wichtig es sei, die durch die gemeinsame Erklärung entstandene positive Atmosphäre nicht zu verspielen und forderte die Versammlung dazu auf, die türkischen und griechischen Zyprioten bei der Schaffung eines vereinten, föderalen Zyperns zu unterstützen.

Der Generalsekretär der CTP-BG, Kutlay Erk und der Abgeordnete für Kerynia, Fazilet Özdenefe, nahmen an dem Kongress der Partei der europäischen Sozialdemokraten in Rom teil.

Die Türkisch-Zypriotische Handelskammer (TCCC) hielt am 22. März ihre 51. Generalversammlung ab. Eine Delegation von neun Vertretern der Zypriotischen Handels- und Industriekammer (KEVE) und deren Präsident waren unter den Teilnehmern der Eröffnungszeremonie. Fikri Toros wurde zum neuen Vorsitzenden der Kammer gewählt.

In seiner Rede auf der Versammlung der TCCC betonte der Vize-Premierminister Serdar Denktasch die Schwäche der türkisch-zypriotischen Wirtschaft und forderte die EU dazu auf, die Frage der Anerkennung beiseite zu lassen

und den Aufnahmeprozess mit den türkischen Zyprioten als eine vertrauensbildende Maßnahme einzuleiten. Es sei sehr wahrscheinlich, dass aufgrund des äußeren Drucks eine Vereinbarung zur Lösung der Zypernfrage unterzeichnet werde.

Nach Angaben der Türkisch-Zypriotischen Handelskammer lag der Wert der türkisch-zypriotischen Exporte für 2012 und 2013 bei 116.227.168 US Dollar bzw. 120.681.239 US Dollar. Zitrusfrüchte und Milchprodukte machten 2013 mehr als die Hälfte der Exporte aus. 2013 importierte die ‚TRNZ‘ alleine aus der Türkei Waren im Wert von 999.600.000 US Dollar. Dem Vorsitzenden der Handelskammer, Ali Cirali, zufolge beträgt das Verhältnis von Aus- und Einfuhren nur 6%.

Bildungsminister Mustafa Arabcioglu gab an, dass derzeit ungefähr 60.000 Studenten an den Universitäten der ‚TRNZ‘ eingeschrieben seien. 35.000 Studenten kämen aus der Türkei, während 15.000 Studenten aus über hundert verschiedenen Ländern stammten.

## 5. FES Zypern Veranstaltungen

### April

**Donnerstag 24. April 2014, 15.00-20.30 Uhr**

PRIO / FES

Konferenz

**Crisis Politics in Southern Europe: Challenges to Democratic Governance**

UNESCO Amphitheatre, University of Nicosia  
Öffentliche Veranstaltung

### Mai

**Freitag 9. Mai 2014, 17.00 – 19.15 Uhr**

FES

Konferenz

**Cultural Diplomacy and Narratives of Conflict in the Middle East**

University of Nicosia  
Öffentliche Veranstaltungen



**Freitag 9. Mai 2014, 9.45 – 17.30 Uhr**

Australian Embassy Turkey / Australian High Commission / FES

Workshop

**Istanbul Roundtable – May 2014**

Istanbul Policy Center

### **Impressum:**

**Friedrich Ebert Stiftung (FES)**

Büro Zypern  
Stasandrou Str. 20, Apt. 401  
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336

Email: [fescyprus@cytanet.com.cy](mailto:fescyprus@cytanet.com.cy)

Web-Seite: [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)

### **Text:**

Hubert Faustmann, Sertac Sonan, Yiannis Charalambous und Ute Ackermann Boeros

### **Übersetzung:**

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

### **Layout:**

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi [fespaparoditi@gmail.com](mailto:fespaparoditi@gmail.com)